



ThyssenKrupp AG,
Corporate Center Investor Relations
ThyssenKrupp Allee 1
45143 Essen
Telefax: +49 (0)201 845-6900365
E-Mail: hv2012-antrag@thyssenkrupp.com

Postfach 13 03 35
50497 Köln
Tel. 0221 / 599 56 47
Fax: 0221 – 599 10 24
dachverband@kritischeaktionaere.de
www.kritischeaktionaere.de

Köln, 21.12.2011

Gegenanträge zur ThyssenKrupp Hauptversammlung 2012

Zur Hauptversammlung der ThyssenKrupp AG am 20.01.2012 stellt der Dachverband der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre die folgenden Gegenanträge:

Gegenantrag zum Tagesordnungspunkt 2: Verwendung des Bilanzgewinns

Die von der Verwaltung vorgeschlagene Verwendung des Bilanzgewinns des Geschäftsjahrs 2010/2011 in Höhe von rund 516.521.414,07 Millionen Euro muss geändert werden.

Begründung:

In seinem jüngsten „Brief an die Aktionäre“ räumt der Vorstandsvorsitzende von ThyssenKrupp, Dr.-Ing. Heinrich Hiesinger, ein, dass der Konzern „auch negative Entwicklungen“ verkraften musste. Weiter meint Dr. Hiesinger: „Unsere strategischen Aufgaben und die unsicheren Konjunkturaussichten werden uns weiterhin viel abverlangen.“ Das heißt im Klartext, dass auf ThyssenKrupp gewaltige Probleme zukommen und dies nicht nur aufgrund der im Amerika-Geschäft eingetretenen Kostenexplosion, sondern auch wegen der Umstrukturierung des gesamten Konzerns.

Dringend erforderlich ist die Bildung ausreichender Rücklagen für die Entschädigung der Fischer an der Bucht von Sepetiba in Brasilien, für die Reinigung der Bucht und für die zu erwartenden Gesundheitskosten für die lokale Bevölkerung im Bereich des Stahlwerks. Allein die Entschädigung von 5.763 Fischern, die sich bisher in sieben Zivilklagen gegen die ThyssenKrupp Companhia Siderúrgica do Atlântico (TKCSA) zusammengeschlossen haben, könnte einen Gesamtbetrag von bis zu 756 Millionen Euro erreichen.

Angesichts dieser insgesamt bedrohlichen Situation ist es nicht verantwortbar, dass ThyssenKrupp beabsichtigt, eine Dividende von 0,45 Euro je Stückaktie auszuschütten. Der Dachverband der Kritischen Aktionäre plädiert in diesem Jahr für einen Dividendenverzicht.

Gegenantrag zum Tagesordnungspunkt 3: Entlastung der Mitglieder des Vorstands

Den Mitgliedern des Vorstandes wird die Entlastung verweigert.

Begründung:

1. Der Vorstand von ThyssenKrupp verstößt mit dem größten Stahlwerk in Lateinamerika massiv gegen den Umweltschutz und gefährdet durch den Betrieb die Gesundheit der lokalen Anwohner.

Im Staub, den das Stahlwerk Companhia Siderúrgica do Atlântico (TKCSA) von ThyssenKrupp in Rio de Janeiro in die Umgebung emittiert, finden sich entgegen der Beteuerung des ThyssenKrupp-Vorstands auch giftige Schwermetalle. Dies hat eine Analyse der dem Gesundheitsministerium unterstellten Stiftung Fundação Oswaldo Cruz (FIOCRUZ) ergeben. Demnach enthält der Staub nicht wie von ThyssenKrupp wiederholt behauptet "nur Graphit", sondern auch Schwermetalle wie z.B. Kadmium. Die Anwohner klagen vor allem über Atemwegs- und Hauterkrankungen sowie über Augenreizungen. Ein bei FIOCRUZ angestellter Wissenschaftler empfahl in einem Gutachten, im Hinblick auf chronische Erkrankungen wie Krebsfälle die Langzeitfolgen dieser Staubbelastung für die Anwohner 20 Jahre lang genau zu untersuchen. Indessen hat TKCSA Zivilklage gegen drei Wissenschaftler der FIOCRUZ und einer Uniklinik wegen vermeintlich erlittener "immaterieller Schäden" erhoben. So sollen Wissenschaftler mundtot gemacht werden.

Laut dem Bundesstaatsanwalt in Rio de Janeiro lagen zwischen Hochfahren des Stahlwerks am 18. Juni und 30. November 2010 die vom Werk in die Umgebung emittierten metallischen Schwebstoffe in der Luft 23,5 % über den international zulässigen Werten. Außerdem hat sich ThyssenKrupp bei der Standortentscheidung für das Stahlwerk im Stadtteil Santa Cruz auch nicht an den vorgeschriebenen Mindestabstand von 1.500 Metern zu den nächsten Wohnhäusern gehalten.

Anfang November 2011 berichtete die Tageszeitung Estado de São Paulo, das Stahlwerk habe im ersten Betriebsjahr 5,7 Millionen Tonnen Kohlendioxid in die Luft abgegeben und damit die CO₂-Emissionen des gesamten Stadtgebiets von Rio de Janeiro gegenüber dem Vergleichsjahr 2005 um 50 % erhöht. Da das Werk noch nicht unter Vollast laufen darf, sei ein Gesamtanstieg von bis zu 72 % zu erwarten. Ähnliche Zahlen hatte die Zeitung O Globo bereits vor zwei Jahren errechnet. Damals hatte TKCSA diese Berechnung in Zweifel gezogen; die Zahlen würden auf veralteten Angaben beruhen, das Werk im Westen Rio de Janeiros sei eines der modernsten weltweit. Nun gibt es also doch eine satte Emissionssteigerung um mehr als die Hälfte aller zusammen gerechneten Emissionen von Haushalten, Verkehr und Industrie im Stadtgebiet.

Nach den Klagen der Staatsanwaltschaft von Rio gegen das Stahlwerk vom Dezember 2010 hatten der Gouverneur, das Umweltinstitut INEA und TKCSA vereinbart, ein unabhängiges Umweltaudit durchführen zu lassen. Dies wurde von USIMINAS erstellt. Doch die Staatsanwaltschaft Rios hält das Audit für "teilweise falsch und irreführend, auch durch Verschweigen" relevanter Daten und hat USIMINAS und die Autoren des Audits verklagt. Die Klagen der Staatsanwaltschaft gegen TKCSA und gegen die projektverantwortlichen Manager gehen ebenso wie die Zivilentschädigungsklagen der 5.763 Fischer weiter. Die definitive Betriebsgenehmigung hat das sieben Milliarden Euro teure Stahlwerk TKCSA von den Behörden nach wie vor nicht erhalten.

Detailliertere Ausführungen zu diesem Gegenantrag mit Angabe von Quellen finden Sie unter www.kritischeaktionaere.de.

2. ThyssenKrupp lässt durch sein Tochterunternehmen HDW U-Boote bauen und liefert diese in Spannungsgebiete aus.

Nach dem Verkauf der Hamburger Werft Blohm + Voss hat sich ThyssenKrupp vom zivilen Schiffbau abgewandt und konzentriert sich auf den militärischen Schiffbau.

Die Howaldtswerke-Deutsche Werft (HDW) in Kiel, die zur Konzernsparte ThyssenKrupp Marine Systems gehört, gilt beim Bau von nicht-atomar angetriebenen U-Booten als Weltmarktführer. In den vergangenen Jahren wurden fast 40 U-Boote mit Brennstoffzellenantrieb verkauft. Lieferungen erfolgten auch in Spannungsgebiete wie Israel und Südkorea. Der Vorstand soll ab sofort dafür sorgen, dass Lieferungen in Spannungsgebiete unterbleiben.

3. ThyssenKrupp lässt in Duisburg unter dem Deckmäntelchen des sozialen und ökologischen Engagements den Stadtteil Bruckhausen zur Hälfte abreißen.

ThyssenKrupp schädigt damit

- die Menschen vor Ort, die vertrieben werden und ihr Eigentum verlieren.
- den Steuerzahler, weil öffentliches Eigentum im Wert von ca. 100 Millionen Euro vernichtet wird, 36 Millionen Euro EU-Mittel ausgegeben werden und ThyssenKrupp die „gespendeten“ 35,9 Millionen Euro von seinem Gewinn und damit seinen Steuerzahlungen abgezogen hat.
- die Allgemeinheit, weil ein einzigartiges Sachzeugnis der Ruhrgebietsgeschichte vernichtet wird.
- die Demokratie, weil unter dem Deckmäntelchen sozialen und ökologischen Engagements rücksichtslose Interessenpolitik betrieben wird.

Detaillierte Informationen über die Abrisspläne enthält der Gemeinsame Brief der Kritischen Aktionäre, des Deutschen Werkbunds und der Geschichtswerkstatt Duisburg-Nord an den ThyssenKrupp-Vorstand vom 23.06.2011: www.geschichtswerkstatt-du-nord.de/index.html.

Gegenantrag zum Tagesordnungspunkt 4: Entlastung der Mitglieder des Aufsichtsrats

Den Mitgliedern des Aufsichtsrates wird die Entlastung verweigert.

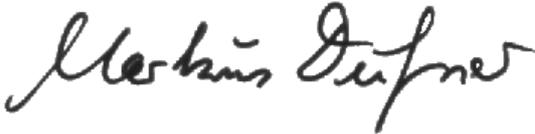
Begründung:

Der Aufsichtsrat unter Leitung von Dr. Gerhard Cromme hat dem Vorstand zu lange erlaubt, das Investment in den TKCSA-Stahlwerk-Komplex bei Rio de Janeiro Brasilien ohne ausreichende Klärung der Risiken zu verfolgen.

Der Vorstand hat es versäumt, von Anfang an einen umfassenden Stakeholder-Dialog mit der lokalen Bevölkerung zu führen, und der Aufsichtsrat hat es versäumt, diesen Dialog einzufordern.

Für die im Amerika-Geschäft entstandene Kostenexplosion allein den früheren Vorstandsvorsitzenden Dr. Ekkehard Schulz verantwortlich zu machen, ist nicht ausreichend. Dr. Schulz zieht die Konsequenzen und scheidet zum 31.12.2011 aus dem Aufsichtsrat aus. Diesem Beispiel sollte nun auch der Aufsichtsratsvorsitzende Dr. Cromme folgen, der seiner Aufsichtspflicht gegenüber dem Vorstand nicht nachgekommen ist und damit für das Amerika-Desaster mit verantwortlich ist.

Köln, 21.12.2011

Handwritten signature of Markus Dufner in black ink.

Markus Dufner
Geschäftsführer des Dachverbands
der Kritischen Aktionärinnen und Aktionäre

Pellenzstr. 39, 50823 Köln
Tel. 0221 / 599 56 47
Fax: 0221 / 599 10 24
dachverband@kritischeaktionaere.de
www.kritischeaktionaere.de